

„Wohlfahrtsstaat“ — aber für wen?

Eine Antwort an Herrn v. Papen und den Reichspräsidenten Paul Hesse, von dem die Volkszeitung geliehen einen Artikel „Der moralische Wohlfahrtsstaat“ veröffentlicht.

Deutschland ist ein „Wohlfahrtsstaat“. Das haben wir nun durch die Regierungserklärung des Kabinetts v. Papen erfahren. Wenn nach dem die schmerzlichen Reaktionen aus dem Lager der deutschen Arbeiterklasse sich erfüllten, so etwas zu behaupten, so würde ein jeder: dies ist nur eine von den schamlosen Agitationslügen eines feigen Unternehmers. Aber wenn jetzt die Reichsregierung dieselben Worte gebraucht, noch dazu mit dem inoffiziellen Zusatz, daß dadurch das Volk demokratisiert worden sei, so ist das etwas anderes. Das hat jetzt eine programmatische Bedeutung, und dies Programm heißt: Vervollständigung der letzten Seite von Sozialpolitik, die nach den unangenehmen Konsequenzen der Brünnens noch übrig geblieben sind.

Eine Kriegserklärung an das gesamte werktätige Volk war der Satz vom „Wohlfahrtsstaat“ in der Erklärung der Regierung v. Papen. So wurde er auch von der gesamten Arbeiterklasse, fast unerschrocken, aufgelesen, und ein Millionenheer der Empörung der Massen war die Antwort.

Herr v. Papen, aber der Sozialdemokrat Paul Hesse, Präsident des Reichstages, eine andere Antwort auf den Angriff des Papen-Kabinetts. Ja, wir haben einen Wohlfahrtsstaat, sagt Herr Paul Hesse mit hochschallender Brust, und führt wahrhaft erstaunliche „Beweise“ an. Nämlich so:

Vor dem Kriege, im alten Staat, habe man Arbeiterlöhne für die Arbeiter abgebaut, nach dem Arzte, im neuen Staat, im „Wohlfahrtsstaat“ aber moderne, wunderbare Stützungsbauten, Herr Hesse ist schon solange aus der Arbeiterklasse heraus und in das Milieu bürgerlicher Wohlhabigkeit geraten, daß er nicht mehr weiß, wie die Arbeiterlöhne wohnen. Bildet er sich ein, daß die Wohnungen in den neuen Stützungsbauten von den Hundstößen der Arbeiter oder von den Bettelarmen der Arbeiterlöhne bewohnt werden können? Der „Wohlfahrtsstaat“ besteht darin, daß aus den Stützungsbauten der Massen Wohnungen gebaut wurden nicht für die Arbeiterlöhne, sondern für die privilegierten Schichten des Kleinbürgertums, Wohlfahrt für andere!

Herr Hesse liebt den modernen „Wohlfahrtsstaat“ repräsentiert durch die Sportplätze und Volkstheater, Gemälde, Sportplätze werden geschaffen mit finanziellen Mitteln, aber nicht für die proletarischen Sportfreunde, sondern für den bürgerlichen, nationalpolitischen Sport, für die Kaiserpolizei der Bourgeoisie. Wie leicht überlegen sich der hochbornende Herr Reichspräsident einmal, wie die Arbeiter mit ihren Löhnen zwischen 20 und 30 Mark und die Arbeiterlöhne mit ihren Stempelplätzen die „Wohlfahrtsstaat“ beladen sollen, die Konzerte, die Kunstausstellungen? Aber Herr Hesse macht noch ein besonders hartes Argument für seinen „Wohlfahrtsstaat“ geltend. Es ist doch die Familienversicherung gegenüber der Altersarmut erhöht, die Wohnunterstützung gegenüber der Altersarmut erhöht, die Wohnunterstützung erhalten worden. Herr Hesse vertritt, daß die Tinte geboren wurden aus der Tatsache, daß im November 1918 die deutsche Arbeiterklasse die Wahlen bekam, daß diese „Wohlfahrtsstaat“ vom kapitalistischen Staat gemacht wurden als eine Lebensversicherung der Kapitalistenklasse gegen die drohende Revolution! Und Herr Hesse vertritt, daß seit 1918 ununterbrochen mit Hilfe der Sozialdemokratie alle diese Einrichtungen bis auf Nagelgröße abgebaut worden sind!

Die Erklärung der Regierung gegen den „Wohlfahrtsstaat“ war ein Schlag ins Gesicht für das ganze arbeitende Volk. Aber die heuchlerische „Antwort“ des Herrn Hesse ist eine Verhöhnung für die deutsche Arbeiterklasse.

Die Antwort, die das deutsche Proletariat an Herrn v. Papen und an Herrn Paul Hesse zu geben hat, lautet so:

Wir vom Arbeitervolk erhalten mit unserer Hände Arbeit die ganze Schmarotzerflotte der Bourgeoisie samt ihrem Staat. Was werden all die Milliarden abgereicht durch Steuerraub, Zollwucher und Raub an anderen Löhnen, welche in die Hände des deutschen Kapitalismus fließen und seinen Staat finanzieren? Auf unsere Kosten sind regelmäßig jährlich an das Hauptkapital 1,5 Milliarden Verleihen (nach der Berechnung des Zentrum-Vorlesers Dehner) gegeben worden. Aus unseren Steuergebühren wurden hunderte von Millionen für die Sanierung der bankrotten ostelbischen Junker ausgegeben. Zu unseren Kosten gehen die 1,5 Milliarden, die für die Stützung der verfallenen Renten ausbezahlt wurden. Aus unserer Tasche sind die 50 Millionen Subventionen für Japan und Venedig, die 30 Millionen für die Hermes-Expedition, die 10 Millionen für die Expeditionen in die Sahara in die Höhe, die heute die gesamte deutsche Kapitalistenklasse, angefangen mit den Reichsunternehmungen wie IG-Farben und Stahlbau bis herunter zu den kleinen Ausbeutern, aus der Futterkrippe des Staates lebt, d. h. aus unseren Steuergebühren. „Wohlfahrtsstaat“? — Ja, aber Wohlfahrtsstaat der Reichen auf Kosten der Armen! Wohlfahrtsstaat der Schmarotzer auf Kosten der Arbeiter! Wohlfahrtsstaat der Ausbeuter auf Kosten der Ausbeuteten! Das ist das Deutschland von heute! Über das meint die Regierung v. Papen natürlich nicht. Sondern sie will an den Bettelarmen der Arbeiterlöhne neue Kürzungen vornehmen, die Hungerrenten der Invaliden erneut um 20 Prozent abbauen, die Ausgaben des Sozialstaats, die jämmerlich geringe sie schon waren, noch mehr zulassen. Das ist der Sinn ihrer Kriegserklärung an das arbeitende Volk.

Wohlfahrtsstaat für das arbeitende Volk — das wird einmal sein, wenn die Arbeiterklasse die Parasiten vernichtet, die Ausbeuter vertrieben und selbst die Macht über Wirtschaft und Staat in die Hand genommen hat! Wohlfahrtsstaat für das arbeitende Volk — das ist heute schon Sozialfaschismus, und wird es mehr und mehr mit jedem Tag. Wohlfahrtsstaat für das Arbeitervolk — das wird erst sein im freien sozialistischen Deutschland!

Auf die Kriegserklärung des Kabinetts v. Papen und seiner nationalsozialistischen Stützen nur mit einem Protest zu antworten, das ist nicht genug. Mehr ist notwendig! Gegen den neuen faschistischen Anschlag auf die deutsche Arbeiterklasse muß das Arbeitervolk antworten mit der Aktion! Die antifaschistische Aktion geht wie eine breite, tiefe Welle durch das ganze Reich. Neben den kommunistischen Arbeitern treten in die Reihen der antifaschistischen Einheitsfront die parteilosen, die sozialdemokratischen Arbeiter, welche erkannt haben, daß heute gekämpft werden muß. Antifaschistische Aktion in den Betrieben und Stempelwerken! Antifaschistische Aktion in den Gewerkschaftsverbänden und allen anderen proletarischen Massenorganisationen! Die Aktion der antifaschistischen Front soll Herrn v. Papen und seinen nationalsozialistischen Stützen die Antwort des deutschen Proletariats bringen!

Abendkulturbüro über Rundfunk

Der monarchistische Freiherr von Knaut, zur Zeit Reichsinnenminister, hat einen Ertrag herausgegeben, wonach die Reichsregierung „nach Scherf“ jeden Tag eine halbe Stunde den Rundfunk beschlagnahmt. Die Verfügungen der Reichsregierung müssen von allen deutschen Sendern übernommen werden.

Die Regierung der Junker, Truhschreiber und Generale notverordnet:

Hunger für Beschäftigte und Erwerbslose!

Beschäftigtensteuer und Beamtenabgabe. Umsatzsteuerverhärfung für den kleinen Mittelstand. Salzsteuer, Unterstüßungs- und Rentenabbau

Berlin, 14. Juni (Eig. Meld.)

Die Regierung Papen-Schleicher-Baerl wird heute ihre neuen Notverordnungen dem Reichspräsidenten von Hindenburg zur Unterzeichnung vorlegen und sie im Laufe des Nachmittags der Öffentlichkeit übergeben. Bei diesen Notverordnungen handelt es sich um drei Hauptfragen in denen der schlimmste reaktionäre Kurs dieser Regierung der ostelbischen Junker, Truhschreiber und Generale zum Ausdruck kommt.

Eine Notverordnung beschäftigt sich mit den ungeheuerlichen Abbau- und Steuermaßnahmen. Die zweite mit der Aufhebung des SA- und SS-Verbots, der Wiedereinführung des Uniformtragens und neuen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Die dritte mit der Wiedereinführung der Preisenotverordnung, die in ihren letzten Bestimmungen eine noch schärfere Bedrohung der revolutionären Front darstellt.

Die Notverordnung über die neuen Abbau- und Steuermaßnahmen wird folgenden Inhalt haben:

1. Eine Zulage zur Einkommensteuer aller Beschäftigten, von 1% bis zu 4 Prozent, kumulativ ansteigend.
2. Eine einheitliche Steuer von 1% Prozent ihres Einkommens für alle Beamte.
3. Die Aufhebung der Freigrenze für Umsatzsteuer bis zu 5000 Mark, die nur den kleinen Kleinrentnern zugute gekommen war.
4. Einführung einer Salzsteuer von 6 Pfennig für das Pfund Salz.
5. Senkung der Erwerbslosenunterstützung, der Arbeitslosenunterstützung und der Wohlfahrtsunterstützung. Die Wohlfahrtsunterstützung soll von 20 Mark auf durchschnittlich 12,50 Mark im Monat gesenkt werden.
6. Senkung der Kriegsoptionen, Unfall- und Sozialrenten um 20 Prozent.

Die Veranschlagung und eventuelle Erhöhung der Bürgersteuer soll nach dem neuen Plan nicht vom Reich, sondern von den Ländern aus erfolgen.

In der Arbeitslosenversicherung soll eine Gesamtentlastung von 320 Millionen Mark durch Senkung der Unterstüßung erreicht werden. Die Arbeitslosenunterstützung soll durchschnittlich um 2,5 Prozent gesenkt werden. Die Stützungsbedürftigkeitsprüfung soll, fast bisher nach 20 Wochen, künftig schon nach 6 Wochen stattfinden.

In der Arbeitslosenversicherung sollen die Unterstüßungsleistungen durchschnittlich um 18 Prozent gesenkt und eine unbeschränkte Bedürftigkeitsprüfung eingeführt werden.

Die Wohlfahrtsunterstützung soll um 15 Prozent gesenkt werden.

In Verbindung mit dieser herabgesetzten Prüfung der Erwerbseinkünfte von vielen Millionen Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentnern erfolgt in der zweiten Notverordnung unter dem Motto „Förderung von Ruhe und Ordnung“

die Aufhebung des SA- und SS-Verbots.

Die Verhängung der braunen Notverordnungen erfolgt auf autoritären, diktatorischen Weise. Die Notverordnungsmaßnahmen sind ohne Rücksicht auf den arbeitenden Volk durchzuführen. Mit Streik, Ueberläufen und Straftaten.

Protestaktion Radebeuler Wohlfahrtsempfänger

Gegen Abbau der Hungerunterstützung

Der Bürgermeister Schmidt Polizei statt Brot

Am Samstag, dem 11. Juni, wurde den Radebeuler Erwerbslosen wieder die gekürzte Wohlfahrtsunterstützung in die Hände gedrückt. Darüber entstand unter den Erwerbslosen eine beängstigende Empörung. Nicht als 200 Erwerbslose seien von der Auszahlungliste nach dem Rathaus. Aus dem gemächten Erwerbseinkommen wurden vier Mitglieder bestimmt, die mit dem Bürgermeister Knaut verhandeln.

Die Wohlfahrtsempfänger lasteten, daß nach am selben Tage ein Ausgleich der Kürzungen erfolgen solle und in Zukunft keinerlei Kürzungen an den Hungerunterstützungen mehr vorgenommen werden dürfen.

Der Bürgermeister Knaut verhandelt nur mit zwei Vertretern, und zwar in Gegenwart der Polizeibeamten Kommandant und eines Beamten vom Wohlfahrtsamt.

Die Delegation machte vor der Verhandlung folgende Feststellungen:

Ein hartes Polizeigewalt über das Rathaus von innen und verlor die Eingänge. Eine gewisse Hülfsleistung und Unterstützung war bei dem Polizeibeamten festzustellen.

Die Verhandlungen mit dem Bürgermeister verliefen ergebnislos, indem dieser sich hinter die beherrschenden Kräfte verschob. Die Delegation erklärte den vor dem Rathaus versammelten Erwerbseinkommen, daß von Verhandlungen zwischen dieser und dem Bürgermeister keine Rede sei.

Während der Verhandlung fuhr plötzlich ein von der Radebeuler Polizei angeführtes Dresdner Ueberfallkommando vor. Dem energischen und besonnenen Eintreten des Erwerbseinkommens in es zu verdanken, daß ein Bearbeiten der Erwerbseinkommen mit Polizeigewalt verhindert wurde, indem der Ausschuss verlangte, daß die Polizei sofort zurückzuziehen in. Auch dem energischen Eintreten der Radebeuler Erwerbseinkommen beim Erscheinen des Polizeikommandos ist es zuzuschreiben, daß

Achtung, Antifaschistische Aktion!

Mittwoch, 15. Juni, 18 Uhr, im Keglerheim, Dresden-Friedrichstadt, Friedrichstraße

Konferenz der Vertreter der revolutionären Arbeiterschaft und ihrer Organisationen

Auf dieser Konferenz, zu der Vertreter der Kommunistischen Reichs- und Landtagsfraktion sowie Kommunalvertreter der KPD erscheinen, soll über die Bedeutung und Durchführung der Antifaschistischen Aktion und die Forderungen der arbeitenden Schichten an den Reichstag, Landtag und die Kommunalparlamente gesprochen und beraten werden

Referenten: Genossin Olga Körner, MdR, Genosse Rudolf Renner, MdL

In enger Verbindung mit der gesamten arbeitenden Bevölkerung wollen die Parlamentsvertreter der KPD den Kampf um die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, den Kampf gegen die Bourgeoisie und den Faschismus führen

Vertreter der Betriebe, Gewerkschaften und aller Organisationen, Betriebsräte, Beamte, Angestellte, Kleinrentner, Freidenker und Sportler, deshalb zahlreich zu dieser außerordentlich wichtigen Konferenz!

We Sch

Nachdem... Die... Der...

Der... Die... Der...

Die... Der... Die...

In... Der... Die...

Die... Der... Die...

Die... Der... Die...

Die... Der... Die...

Die... Der... Die...

Weißbandit Gorgulow wollte einen Schlag gegen die Sowjetunion führen

Nachdem die Voruntersuchung gegen den Weißbanditen Gorgulow, den Mörder des französischen Deputierten, abgeschlossen und eindeutig alle an seine Person und seine Tat geknüpften antihöfischen Legenden zerstreut hat, schwelgen die Pariser Blätter über den Fall. Sie begnügen sich mit der Meldung, daß die Prozedur im Juli vor dem Pariser Schöffengericht stattfinden wird, der Fall Gorgulow für ihre Interventionstätigkeit gegen die Sowjetunion ausgenutzt und kein Interesse daran, ihren Vorwürfen nunmehr die Wahrheit mitzuteilen.

Die "Prager Presse" läßt sich von ihrem Pariser I-Korrespondenten über die Voruntersuchung einen Bericht geben, der jagt, daß diese Untersuchung Punkt für Punkt die über Gorgulow verbreiteten Lügen widerlegt hat. Wir zitieren diesen Bericht ausführlich.

Der Korrespondent der "Prager Presse" schreibt: Es ist zunächst möglich, die Ergebnisse der Voruntersuchung obzektiv darzustellen und die Feststellungen, zu welchen der Untersuchungsrichter gelangt ist, anzugeben:

Der Mörder ist wirklich Paul Gorgulow

Der Mörder ist wirklich Paul Gorgulow. Während einiger Tage konnte man über die Identität des Mörders Zweifel hegen, das vermochte, daß Gorgulow nicht der wirkliche Name des Mörders ist. Zahlreiche russische Flüchtlinge glaubten in Gorgulow Personen zu erkennen, welche sie leinetzeit in Rußland zu Beginn der kommunistischen Revolution getarnt hätten. Zahlreiche Auslagen dieser Natur wurden von dem Untersuchungsrichter mit der größten Sorgfalt geprüft und als unrichtig festgestellt.

Der Mörder heißt tatsächlich Paul Gorgulow und ist Doktor der Medizin.

Gorgulow ist zurechnungsfähig

Die geistige Gesundheit des Mörders steht außer Frage. Die vom Richter bestellten drei Ärzte, welche Gorgulow in der einschlägigen Weise untersuchen, kamen einstimmig zum Schluß, daß der Mörder vollkommen zurechnungsfähig ist. Es kann also nicht mehr davon die Rede sein, daß es sich um die Tat eines Geisteskranken handelt.

Ein politischer Mord

Das Motiv des Verbrechens ist politischer Natur. Gorgulow, ein Vertreter der demokratischen Rechte der russischen Emigration, wurde, was der Präsident einer allerdings wenig zahlreichen politischen Gruppierung, welche sich russische Nationalisten nennt, oder genauer allrussische, nationale Bauernpartei der "Krause". Der Zweck Gorgulows ging offenbar dahin, eine der deutschen Nazi-Bewegung analoge Organisation zu bilden. Nach den Aussagen des Mörders war das Motiv des Verbrechens, durch eine Mordtat gegen die Nicht-Interaktion Frankreichs in Rußland und gegen die Bestrafung der Sowjetunion seitens Frankreichs zu protestieren. Er scheint seine Helferrollen gehabt zu haben.

In russischen Emigrantenkreisen bekannt

Gorgulows Partei erklärte wirklich und war als solche in russischen Emigrantenkreisen bekannt. Dies wird durch die Tatsache bewiesen, daß Gorgulow am 20. Dezember 1931 in der in Paris erscheinenden Zeitung "Wohltätigkeit" einen Aufruf veröffentlichte, in welchem er eine Versammlung der russischen Nazis für den 27. Dezember 1931, 2 Uhr nachmittags, im Kaffeehaus Boulevard de la Tour Maubourg Nr. 27 ansetzte. Der Aufruf ist gezeichnet: "Pavel Gorgulow".

Das Blatt erklärt die Veröffentlichung dadurch, daß sie gegen Fälschung erfolgt ist, also ein reguläres Annoncenstück darstellt. Dagegen wurde jedoch erwidert, daß politische Aufrufe, besonders wenn es sich um la prononcierte Parteien handelt, wie die "Nazis", selbst dann politisch ein Blatt engagieren, wenn es die Aufrufe gegen Fälschung abbildet.

Tatsächlich hieß Gorgulow am 27. Dezember keine Partei.

versammlung ab, doch scheinen, dem Erhebungen zufolge, nur wenige Personen anwesend gewesen zu sein.

Keine Verbindung zu Kommunisten

Es konnte bis zur Stunde kein Beweis erbracht werden, daß Gorgulow zu kommunistischen Organisationen in Beziehung gestanden ist. Dagegen konnte der Nachweis erbracht werden, daß Gorgulow zu mehreren sehr rechts stehenden Blättern, wie "Wohltätigkeit", welche ja auch keinen Aufruf veröffentlichte, und der unregelmäßig erscheinenden Zeitung "Krause" Beziehungen hatte.

Die mit dem Mörder in Verbindung stehenden Antopelonen, sowie die mit dem Mörder nach der Tat am Polizeikommissariat anwesenden Journalisten erklären einmütig, daß an der vollen Zurechnungsfähigkeit Gorgulows nicht gezweifelt werden könne, was mit den Schlussfolgerungen der Gerichtsärzte vollkommen übereinstimmt. Gorgulow steht ideell ganz unter dem Einflusse jener extremen Rechts- und Gewalt-Theorien, welche unter anderen in Deutschland zu der Nazibewegung und früher zur schwarzen Reichswehr und zu den Tatenordnen gehört haben.

Polnische Textilarbeiter beschließen Generalstreik

Warschau, 11. Juni. Die Funktionäre aller Lodzer Textilgewerkschaften haben beschlossen, den Generalstreik in der Textilindustrie zu proklamieren. Der Streik soll anfangs der nächsten Woche beginnen. Er richtet sich gegen die Muzzifizierung des Kollektivvertrages und die Lohnanforderungen der Unternehmehmer.

Der Streikbeschluß kam unter heftigen Kämpfen gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie zustande. Die Konferenz der Arbeitenden mußte unter dem Druck der Massen einberufen werden. Um die Abstimmung über die Resolution zum Generalstreik zu verhindern, legten die Reformisten die Verschlebung der Beratung auf den nächsten Tag durch. Als die Delegierten der revolutionären Gewerkschaftsopposition die sofortige Abstimmung über die vorgesehene Resolution verlangten, wurden sie von den sozialfaschistischen Sturmabteilungen überfallen. Es kam zu einem schweren Handgemenge, wobei 14 Arbeiter verwundet und die Räume, in der die Konferenz stattfand, vollständig verwüstet wurden. Die Polizei kam den Sozialfaschisten zu Hilfe, nahm zahlreiche Verhaftungen vor und erklärte die Konferenz für geschlossen. Die Vorgänge riefen jedoch eine solche Erregung unter den Arbeitern hervor, daß am nächsten Tage in schärfer Kompensation gegen die Reformisten die Proklamation des Generalstreiks beschlossen wurde.

Polnische Arbeiter marschieren mit uns für Zerreißung der Tributdiktate

An den Grenzpfählen geloben polnische Arbeitslose gemeinsamen Kampf mit deutschen Arbeitern

Warschau, 11. Juni. An der polnisch-deutschen Grenze in Oberschlesien, bei Beskow mit, fand eine große Demonstration polnischer arbeitsloser Arbeiter statt. Die Menge marschierte durch den Ort bis zu den Grenzpfählen. Dort hielt ein Arbeiter eine Ansprache, in der er der Solidarität des polnischen Proletariats mit dem legitimen und nationalen Befreiungskampf der deutschen "erstickten" Ausbeuter gab.

"Seht hin" - sagte der Arbeiter - "dort jenseits der Grenzpfähle leben die Arbeiter genau so schlecht wie wir hier. Sie sind arbeitslos wie wir. Ihre Unterdrückung wird ebenso wie unsere abgebaut. Frankreich, mit dem unser Land verbündet ist, verlangt von den deutschen Arbeitern Tributabgaben. Ununterbrochen will zum Korridor und Oberschlesien nach Danzig gelangen. Sie brauchen es für ihre Kriegspläne gegen die Sowjetunion. Wir haben nichts mit diesen Plänen gemein. Wir stehen auf der Seite der Arbeiter in Deutschland die Hand zum Kampfe gegen ihre eigenen und gegen unsere Ausbeuter."

Inzwischen war die polnische Polizei alarmiert und ging in brutalster Weise mit Gasmitteln, Gewehrfeuern und Tränengasbomben gegen die Demonstranten vor.

Die polnischen Arbeiter sind unsere Verbündeten in unserem Kampfe gegen geisterrte Ausbeutung und Tributdiktat! Heber eine solche Arbeitslosigkeit diesseits und jenseits der Grenzen verhängen nur die Kommunisten. Während die französischen, polnischen und deutschen "nationalen" "ausgestorbenen" "bourgeois" Konferenzen in Toulouse in geisterrtem Maße chauvinistische Propaganda betreiben und zusammen eines gemeinsamen Feldzuges gegen die Sowjetunion die Werftäugen der verschiedenen Länder gegeneinander aufspießen wollen, organisiert die internationale Front der Kommunisten den gemeinsamen Kampf.

Deutsche, polnische und französische Arbeiter werden deutsche, polnische und französische Ausbeuter, Kriegshetze und Tributräuber schlagen und auch gemeinsam die Sowjetunion mit ihren Feindern verteidigen.

Drittgrößte Spartafle Amerika pleite

Die Gasinas & Loan Association hat ihre Zahlungen eingestellt, ihre Schulden verfallen und Konkurs beantragt. Mit Einlagen von 210 Millionen Mark handelt es sich bei dieser Bank um die drittgrößte Spartafle Amerikas. Tausende von kleinen Sparern sind um ihre wenigen Groschen betrogen worden.

Mondchurerei ein revolutionärer Brandherd

Feling, 10. Juni. Wie die Charlsruer Presse mitteilt, wartete vor kurzem eine Wachschichtkompanie der mandchurischen Regierungstruppen. Mit ihren Offizieren an der Spitze marschierte sie in südlicher Richtung ab, um zu den antimandchurischen (ausländischen) Kräften zu stoßen.

Heimat zurückzuführen. Zum Aufstehen dieser Truppen 9 im Stappengebiet ein Korps gebildet worden, der diese Leute entmachtet und abführt. Ein zweites Korps muß an ähnlichen Rheinübergängen gebildet werden.

Sollmann räusperte sich und bemerkte: „Dadurch werden dem Kölner Arbeiter- und Soldatenrat Aufgaben entstehen, die er mit den jetzigen Truppenteilen nicht lösen kann!“

Der Kurier lächelte verbindlich.

„Ich bin ermüdet, Ihnen von der Obersten Heeresleitung die letzte Zulage zu geben, daß möglichst rasch mehrere Kölner Panzerbataillone für diese Aufgabe nach Köln entsandt werden.“

Jetzt war es auf der Seite der Arbeiter- und Soldatenräte, verbindlich zu lächeln. „Am übrigen“, erklärte der Kurier bedeutungslos, „muß ich Ihnen sagen, daß die Revolution in Köln am vergangenen Freitag von unauflösbare Bedeutung gewesen ist. Wie wir uns bei Ihnen, so hat sich der deutsche Atomring bei uns laufend durch Fernsprecher über die Umwälzung in Köln und den katastrophalen Zusammenbruch der Kölner Garnison unterrichten lassen. Es sind dann auf Grund der Kölner Vorgänge außerordentlich weittragende Beschlüsse gefaßt worden. Ich habe mich besonders dafür eingesetzt, meine Herren, daß sofort in der Etappe und an der Front Soldatenräte gebildet werden. Ich bin nach ihrem Kölner Ratgeber gebildet worden. Ich bin der Auffassung, meine Herren, - der Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates lächelte geistreich - „daß dadurch der Beginn eines Chaos und eine weitere ungeheure Katastrophe verhindert werden kann. Im übrigen lag ich Sie bitten, die Einladung des Generalsquartiers nach Hindenburg und des Generalquartiersleiters Stoener, eine Vertretung zu weiteren wichtigen Beratungen sofort ins Große Hauptquartier zu entsenden, anzurechnen?“

Die Herren erhoben sich. Der Kurier des Großen Hauptquartiers schüttelte den Arbeiter- und Soldatenräten sozial die Hand. „Fuchius, der USV-Mann, war ein wenig verzogen. Die anderen machten ein Gesicht, als wenn ihnen der Orden "Pour le Mérite" um den Hals gehängt worden wäre.“

Am selben Tage teilten Fuchius, Schulte und Sollmann ins Große Hauptquartier.

Unser Roman „Frauen führen Krieg“ ist beendet.

MORGEN
beginnen wir mit dem Abdruck eines Kapitels aus dem neuen Buch von

Theodor Plivier,

dem Autor von „Der Kaisers Kult“. Dieses Kapitel knüpft in spannender Weise dort an, wo unser jetziger Roman schließt. **Jeder wird die fesselnde Schilderung begrüßen!**

Proleten, ihr schmiedet die Waffen ..

Von Friedrich Wolf

Proleten!
Ihr schmiedet die Waffen,
Berschalt seid ihr nicht Waffen?
Ihr seid die Hammer, die Messer, die Messer,
Mit euch ist das Recht!
Wann aber wird Recht zur Macht?
Ihr hämmeret und hämmeret,
Ohne zu denken. - Juch!
Ihr vertraut euch Recht Dudmüßern und Songen. - Juch!
Recht ist euer Recht,
Nicht selbst in die Hände,
Wird Recht nie zur Macht!
Barn denken, Proleten,
Denn uns anstern Feiern, lernst, lernst uns unsere Spindel
Ihr appellieren nicht an das „Internationale“,
Nicht an die Feigheit in euch,
Ihr appellieren, Proleten, an einen Gott!
Erkenntnis und Mut, nur so, Proleten,
Wird Recht zur Macht!
(Aus dem politischen Roman „Wie haben die Fronten?“)

Frauen führen Krieg

von Emma P. Donabergen

Copyright by „Rote Fahne“, Berlin, 1932.

Schluss

„Im Gouvernementsgebäude hat der Gouverneur und der Ober-Generalkommandant Besancon die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates zu sich.“

„Meine Herren“, sagte der Gouverneur, „loben ist ein Kurier von meinen Hauptquartieren eingetroffen, um mit Ihnen die Vereinbarung aufzunehmen und über wichtige Fragen, die uns durch die Bombardierung gestellt sind, zu verhandeln.“

Ein kleiner schmachtiger Herr in Zivil, dem man den Offizier nicht erahnen konnte, klopfte mit einer kleinen Verbeugung kurz die Hände zusammen und knurrte: „Meine Herren, ich möchte mit Ihnen zunächst beschäftigen, daß der Generalstabschef ein Hindenburg es für keine Pflicht hält, auf seinem Posten zu bleiben, bis das Feuer in die Heimat zurückgeschoben ist. Er hat diesen Entschluß telegraphisch dem Reichsminister Oberst mitgeteilt und das ganze Ober der neuen Regierung zur Verfügung gestellt. Ich bin hier, - der Kurier machte eine mäde Handbewegung und legte ein diplomatisches Rästel auf, - um im Einverständnis zwischen der neuen Regierung und der Obersten Heeresleitung mit Ihnen die Fragen des Rückmarsches der Truppen durchzusprechen, da geteilt für Köln und das Rheinland ungeheure Aufgaben aber auch unabsehbare Gefahren vorhanden sind.“

Die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates nickten.

Der Kurier des Hauptquartiers fuhr fort:

„Es ist dringend geboten, daß die Soldaten bei ihren Truppen bleiben und in geschlossener Ordnung nach Deutschland zurückkommen. Mehr Sorge, als der Abtransport der geschlossenen Truppenteile machen aber die Leute, die sich eigenmächtig von der Truppe entfernt haben und zu Fuß oder auf Wagen in die

SPD und Nazis stimmen in Einheitsfront für

Polizei gegen Hungernde!

Alle kommunistischen Anträge für die Aufhebung aller Kürzungen der Unterfügungssätze für Erwerbslose durch dieselbe Front abgelehnt. Provokatorisches Auftreten des Oberbürgermeisters Dr. Kütz. Der ehemalige Minister für Schund und Schmutz im Kampf gegen „Kultur Bolschewismus“. Faschistische Einheitsfront für Verbot des Buches „Des Kaisers Kulis“

In der gestrigen Sitzung der Dresdner Stadtverordneten zeigten sowohl die Nazis als auch die SPD ihre wirtliche Stellung zu den Fragen der Lebensinteressen der weitaus größten Bevölkerung. Die kommunistische Fraktion hatte sich in einem Antrag gegen die polizeiliche Belegung der Fürsorgeeinrichtungen gewandt. Außerdem hatte sie gefordert Abkündigung von weiteren Kürzungen der Fürsorgeeinrichtungen, sowie die Wiederherstellung derjenigen Fürsorgeeinrichtungen, die vor Beginn der im letzten Jahre durchgeführten Kürzungen bestanden. In trauer Einheitsfront lehnten SPD und Nazis gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien ab. Die SPD wie die Nazis sind also für die polizeiliche Belegung und Anwendung des Sammelpunkts gegen die Hungernden, die sind für die jetzigen Hungerlöhne in der Wohlfahrtspflege, sie konstatieren alle Mißstände und Kürzungen, die im letzten Jahre durchgeführt wurden und gegen die sie verlorene Protestkämpfe führten. Sie müssen alle weiteren Kürzungen an den Erwerbslosen mitteilen. Diskutiert mit den Anhängern der NSDAP und der SPD, zeigt ihnen das Doppelgeleit über Führer und ihre verlorene Mission. Eine Niederlage erlebte die SPD am gleichen Abend bei der Behandlung einer Anfrage betreffend des Verbots des Buches „Des Kaisers Kulis“. Berglich verlor Herr Freund (SPD) die Schuld auf sich zu schieben und den von der SPD gewählten Oberbürgermeister Kütz zu entlasten, Herr Kütz der Schöpfer des Schund- und Schmutzgesetzes tratte die SPD Lügen. Unter dem Beifallsgeheul und Handklatschen der vereinigten Front von den Nazis bis zur Staatspartei, begründete dieser Ober der SPD dieses Verbot. Seine Begründung war echt schändlich. So schließt sich die Einheitsfront des gesamten Bürgertums in die schändliche Front. Die Kommunisten riefen zur außerparlamentarischen Antifaschistischen Aktion.

Die Nazis unterließen die Vapenregierung. Für Konzeptionen auf innenpolitischem Gebiet nehmen sie den Abbau der letzten Reste der Sozialpolitik in Kauf. Die Konzeptionen, die bestehen in der Arbeit zum Terror gegen Arbeiterorganisationen und ihre Einrichtungen, sollen die SA-Boleten vom Raub der letzten Reste der Sozialpolitik ablenken. Bei der Abstimmung ergibt sich eine Einheitsfront der Sozialdemokraten mit den Nationalsozialisten, die dafür stimmen, daß die Polizei an den Fürsorgeeinrichtungen in Alarmbereitschaft bleibt. Gleichzeitig stimmen sie gegen die Bereitstellung der Fürsorgeeinrichtungen vom Dezember 1930. Damit zeigen beide „Volksvertreter“, daß sie die Stützen der herrschenden Klasse sind. In einer Anfrage wird der Stempel des Verbots des Buches von Wimmer „Des Kaisers Kulis“, über das die Arbeiterstimme bereits vor Wochen geschrieben hat, zur Sprache gebracht. Der Rat antwortet außerordentlich. In der Antwort heißt es unter anderem: „In dem Buch von I. Wimmer „Des Kaisers Kulis“ wird die Meuterei der Kriegsmarine verherrlicht. Ob das Buch einen hohen literarischen Wert hat oder nicht, ist nicht maßgebend. Maßgebend ist, daß sich Teile unserer Bevölkerung getrieben und beleidigt fühlen.“

Die Nazis unterließen die Vapenregierung. Für Konzeptionen auf innenpolitischem Gebiet nehmen sie den Abbau der letzten Reste der Sozialpolitik in Kauf. Die Konzeptionen, die bestehen in der Arbeit zum Terror gegen Arbeiterorganisationen und ihre Einrichtungen, sollen die SA-Boleten vom Raub der letzten Reste der Sozialpolitik ablenken. Bei der Abstimmung ergibt sich eine Einheitsfront der Sozialdemokraten mit den Nationalsozialisten, die dafür stimmen, daß die Polizei an den Fürsorgeeinrichtungen in Alarmbereitschaft bleibt. Gleichzeitig stimmen sie gegen die Bereitstellung der Fürsorgeeinrichtungen vom Dezember 1930. Damit zeigen beide „Volksvertreter“, daß sie die Stützen der herrschenden Klasse sind. In einer Anfrage wird der Stempel des Verbots des Buches von Wimmer „Des Kaisers Kulis“, über das die Arbeiterstimme bereits vor Wochen geschrieben hat, zur Sprache gebracht. Der Rat antwortet außerordentlich. In der Antwort heißt es unter anderem: „In dem Buch von I. Wimmer „Des Kaisers Kulis“ wird die Meuterei der Kriegsmarine verherrlicht. Ob das Buch einen hohen literarischen Wert hat oder nicht, ist nicht maßgebend. Maßgebend ist, daß sich Teile unserer Bevölkerung getrieben und beleidigt fühlen.“

Der Rat antwortet außerordentlich. In der Antwort heißt es unter anderem: „In dem Buch von I. Wimmer „Des Kaisers Kulis“ wird die Meuterei der Kriegsmarine verherrlicht. Ob das Buch einen hohen literarischen Wert hat oder nicht, ist nicht maßgebend. Maßgebend ist, daß sich Teile unserer Bevölkerung getrieben und beleidigt fühlen.“

Der Rat antwortet außerordentlich. In der Antwort heißt es unter anderem: „In dem Buch von I. Wimmer „Des Kaisers Kulis“ wird die Meuterei der Kriegsmarine verherrlicht. Ob das Buch einen hohen literarischen Wert hat oder nicht, ist nicht maßgebend. Maßgebend ist, daß sich Teile unserer Bevölkerung getrieben und beleidigt fühlen.“

Der Rat antwortet außerordentlich. In der Antwort heißt es unter anderem: „In dem Buch von I. Wimmer „Des Kaisers Kulis“ wird die Meuterei der Kriegsmarine verherrlicht. Ob das Buch einen hohen literarischen Wert hat oder nicht, ist nicht maßgebend. Maßgebend ist, daß sich Teile unserer Bevölkerung getrieben und beleidigt fühlen.“

Der Rat antwortet außerordentlich. In der Antwort heißt es unter anderem: „In dem Buch von I. Wimmer „Des Kaisers Kulis“ wird die Meuterei der Kriegsmarine verherrlicht. Ob das Buch einen hohen literarischen Wert hat oder nicht, ist nicht maßgebend. Maßgebend ist, daß sich Teile unserer Bevölkerung getrieben und beleidigt fühlen.“

Der Rat antwortet außerordentlich. In der Antwort heißt es unter anderem: „In dem Buch von I. Wimmer „Des Kaisers Kulis“ wird die Meuterei der Kriegsmarine verherrlicht. Ob das Buch einen hohen literarischen Wert hat oder nicht, ist nicht maßgebend. Maßgebend ist, daß sich Teile unserer Bevölkerung getrieben und beleidigt fühlen.“

Der Rat antwortet außerordentlich. In der Antwort heißt es unter anderem: „In dem Buch von I. Wimmer „Des Kaisers Kulis“ wird die Meuterei der Kriegsmarine verherrlicht. Ob das Buch einen hohen literarischen Wert hat oder nicht, ist nicht maßgebend. Maßgebend ist, daß sich Teile unserer Bevölkerung getrieben und beleidigt fühlen.“

Der Rat antwortet außerordentlich. In der Antwort heißt es unter anderem: „In dem Buch von I. Wimmer „Des Kaisers Kulis“ wird die Meuterei der Kriegsmarine verherrlicht. Ob das Buch einen hohen literarischen Wert hat oder nicht, ist nicht maßgebend. Maßgebend ist, daß sich Teile unserer Bevölkerung getrieben und beleidigt fühlen.“

Der Rat antwortet außerordentlich. In der Antwort heißt es unter anderem: „In dem Buch von I. Wimmer „Des Kaisers Kulis“ wird die Meuterei der Kriegsmarine verherrlicht. Ob das Buch einen hohen literarischen Wert hat oder nicht, ist nicht maßgebend. Maßgebend ist, daß sich Teile unserer Bevölkerung getrieben und beleidigt fühlen.“

Der Rat antwortet außerordentlich. In der Antwort heißt es unter anderem: „In dem Buch von I. Wimmer „Des Kaisers Kulis“ wird die Meuterei der Kriegsmarine verherrlicht. Ob das Buch einen hohen literarischen Wert hat oder nicht, ist nicht maßgebend. Maßgebend ist, daß sich Teile unserer Bevölkerung getrieben und beleidigt fühlen.“

Der Rat antwortet außerordentlich. In der Antwort heißt es unter anderem: „In dem Buch von I. Wimmer „Des Kaisers Kulis“ wird die Meuterei der Kriegsmarine verherrlicht. Ob das Buch einen hohen literarischen Wert hat oder nicht, ist nicht maßgebend. Maßgebend ist, daß sich Teile unserer Bevölkerung getrieben und beleidigt fühlen.“

Der Rat antwortet außerordentlich. In der Antwort heißt es unter anderem: „In dem Buch von I. Wimmer „Des Kaisers Kulis“ wird die Meuterei der Kriegsmarine verherrlicht. Ob das Buch einen hohen literarischen Wert hat oder nicht, ist nicht maßgebend. Maßgebend ist, daß sich Teile unserer Bevölkerung getrieben und beleidigt fühlen.“

Der Rat antwortet außerordentlich. In der Antwort heißt es unter anderem: „In dem Buch von I. Wimmer „Des Kaisers Kulis“ wird die Meuterei der Kriegsmarine verherrlicht. Ob das Buch einen hohen literarischen Wert hat oder nicht, ist nicht maßgebend. Maßgebend ist, daß sich Teile unserer Bevölkerung getrieben und beleidigt fühlen.“

Massenflucht aus dem „Wohlfahrtsstaat“

Eine 30 Jahre alte Haushälterin drehte in der Küche einer Gastwirtschaft der Wartburgstraße aus wirtschaftlichen Sorgen den Gashebel auf. Sie erhielt die erste Hilfe durch die Sanitätswehr.

In die Elbe zu springen beabsichtigte am Montag, früh 1 Uhr, in selbstmörderischer Absicht von der Augustusbrücke eine Frau. Sie wurde zurückgehalten und nach dem Krankenhaus transportiert.

Seit zu sich genommen und die Pulswärme geblieben hatte sich in den Abstrichen einer Gastwirtschaft in Wacker ein 31 Jahre alter Mann. Er wurde nach dem Krankenhaus transportiert. Seine Personalien konnten nicht ermittelt werden.

Das Elend wächst. Es wird durch die von den Nazis geführte Vapenregierung vergrößert. In der Gemeinde Witten SPD und Nazis kommunistische Anträge für Erhöhung der Fürsorge werden. Nur durch Kampf in roter Einheitsfront gegen Sozialreaktion und Faschismus wird die Erziehung aller Werktätigen gesichert.

Hinter den Schranktüren in der Höhe wurde ein 34 Jahre alter Arbeitergehilfe aus der Schmeiner Straße erhängt aufgefunden. Seine Arbeitslosigkeit hat ihn zu diesem Verweilungsakt getrieben.

Schwere Brandwunden erlitt ein 13jähriger Schüler, der auf dem Sportplatz Ring, Stellung einen Feuerwerkskörper gezündet und damit gespielt hatte.

Ebenfalls aus wirtschaftlichen Sorgen nahm eine 31 Jahre alte Wauerscheitauer vom Raumböcker Weg 56a. Der Mann landete in der Küche auf dem Gashebel. Er selbst war Jahre arbeitslos.

Kraftpol Dresden — Redefeld verunglückt Der aus Dresden kommende Omnibus fuhr am Sonntagmorgen an der Schlossmühle, kurz vor der Grenzhöhe, gegen einen Stacheldraht. Der Baum wurde umgestürzt, der Wagen leerte sich zur Seite. Der vordere Teil des Wagens wurde ein- geschrückt. Von den 14 Fahrgästen erlitten 5 leichte Verletzungen, Prellungen, Schnittwunden und Hautabplatzungen. Der Materialschaden ist beträchtlich.

Uminhaltbarkeiten nahm in der Innenstraße in selbstmörderischer Absicht ein in der Schalkstraße wohnhafter Arbeiter.

Uminhaltbarkeiten nahm ein 21jähriger Arbeiter, die in der Reicker Straße in Stellung war, in selbstmörderischer Absicht. Sie wurde nach dem Krankenhaus transportiert.



Jeder schätzt ihn

den weltberühmten bulgarischen Edel-Tabak. Es ist daher verständlich, daß für die 3 1/3-Raucher der erste Versuch den Entschluß zur Folge hat:

Wenn 3 1/3 — dann Bulgaria!

Bulgaria Sport, die 3 1/3 der Bulgaria

6 Zigaretten 20 Pig.

mit Sport-Photos

Der Kampf um die Spitze im Wettbewerb Dresden-Smolensk

Instruktorgebiet 7 meldet von der Werbung am 9. Juni:
 Gesamt:
 21 Mitglieder für die Partei (davon 6 Betriebsarbeiter und 5 Frauen)
 3 RGO-Mitglieder
 7 Abonnenten für die Arbeiterstimme
 9 Abonnenten für das Illustrierte Volksecho.

Die Ortsgruppe Kretscha hat die Führung
 7 Mitglieder für die Partei (davon 3 Betriebsarbeiter, 1 Nazi 1 Frau), 3 Abonnenten für die Arbeiterstimme, 4 Abonnenten für das Illustrierte Volksecho.

Kretscha hat somit das gesteckte Soll erreicht und wird weiter werben und nochmals neue Arbeiterstimme- und Volksecho-Leser heranziehen.

Rippitz:
 6 Mitglieder für die Partei (darunter 4 Betriebsarbeiter), 1 Abonnent für die Arbeiterstimme.

Hanichen:
 3 RGO-Mitglieder (darunter 1 Frau), 3 Abonnenten für die Arbeiterstimme, 4 Abonnenten für das Volksecho

Bonnevitze-Welschhufe:
 3 Mitglieder für die Partei (Frauen)

Passendorf:
 1 Mitglied für die Partei, 1 Abonnent für das V...

Bonnevitze:
 1 Mitglied für die Partei

Wilmaditz:
 1 Abonnent für die Arbeiterstimme

Kleincaarzdorf:
 1 Mitglied für die Partei.

Wo bleiben die anderen Ortsgruppen? Heran an die Arbeit! Die Fahne der russischen Genossen gehört dem IG 7!

Stadteil 6 meldet:
 1 Betriebszelle gegründet
 4 Betriebsarbeiter für die Partei geworben
 2 Hausfrauen für die Partei geworben
 4 Erwerbslose für die Partei geworben
 5 Rote Hilfe-Mitglieder
 1 RGO-Mitglied
 5 Mitglieder für den Freien Radiobund
 6 Abonnenten für das Illustrierte Volksecho
 1 Abonnent für die Arbeiterstimme
 1 Abonnent für die Kämpferin
 168 Arbeiterstimmen verkauft
 100 Hausblockzeitungen verkauft
 25 Broschüren verkauft.

Besonders eifrig warb die Zelle G:
 Am Gesamtergebnis hat sie folgenden Anteil: 4 Aufnahmen für die Partei, 5 Aufnahmen für die Rote Hilfe, 1 Mitglied für die RGO, 2 Abonnenten für das Volksecho, 5 Aufnahmen für den Freien Radiobund, 100 Hausblockzeitungen verkauft, 120 Arbeiterstimmen verkauft.

Betriebszellen in vorderster Front
 Auch die junge Betriebszelle Gewobag hat einen beträchtlichen Anteil am Gesamterfolg der Werbung:
 1 Betriebszelle gegründet
 4 Aufnahmen für die Partei (darunter 3 Betriebsarbeiter)
 1 Abonnent für die Arbeiterstimme
 1 Abonnent für das Volksecho
 1 Abonnent für die Kämpferin

Freital meldet wiederum als Teilergebnis:
 2 Mitglieder für die Partei, 1 Abonnent für die Arbeiterstimme.

Teilergebnis von Radeberg:
 1 Arbeiterstimme-Leser,
 5 Volksecho-Leser,
 Literaturverkauf im Mai: 268,55 Mark

Achtung! Ortsgruppen, Straßen- und Betriebszellen im UB Dresden!

Am Sonntag, dem 19. Juni, Sturm-Vandemonntag, die Parade am Sonntag heißt:
 Jedes Dorf im Zeichen der antifaschistischen Aktion, alle Kommunisten hinaus aufs freie Land, keine Zelle und Ortsgruppe ohne JBZ, kein Bauer ohne Illustrierte Bauernzeitung!
 Beitrete sofort beim Neuen Zeitungsverlag GmbH, Abteilung Illustrierte Bauernzeitung, Berlin E 2, die JBZ!

Klassenjustiz im Zittauer Prozeß

Die SPD-Presse wird an der „Rechtspflege“ irre. Nur die RPD zeigt den Justizweg

In der verhängenen Woche fanden vor dem Reichsgericht Schöffengericht die angeklagten Nationalsozialisten die am 9. Dezember 1931 einen planmäßigen Überfall auf das Zittauer Gewerkschaftshaus verübten. In der allgemeinen Weise gingen die Nationalsozialisten gegen anwesende Reichsbannerleute vor. Es versteht sich natürlich, daß die Nationalsozialisten verdammt milde Richter fanden.

Nach einer sich über den ganzen Tag erstreckenden Verhandlung wurde gegen 20 Uhr das Urteil verkündet. Es erhielten neun gemeinschaftlichen Strafbefehlsurteile (1) der Gewerkschaftler Christian Gerlach und der Maschinenführer Max Werner je 12 Mark, der Mutter Gulian Kraft, der Näherin Max Leonhardt und der Maschinenführer Armin Schröder je 15 Mark, der Bombardier Walter Vietmann 18 Mark, der Sandlungsgehilfe Hans Fische 24 Mark, der Kammerer Hans Siephan 30 Mark und der Jahrgang Erich Jakob 45 Mark Geldstrafe. Der leibnützliche Verding Georg Schumert und der Schlosser Gerhard Kugel wurden freigesprochen.

Die „Reiziger Volkszeitung“, SPD-Organ, nimmt dieses Klassenurteil mit der hilflosen Bemerkung hin:

„Das Volk muß ja an der Rechtspflege irre werden!“

Nun, die Hellenbrühten Arbeiter werden erkennen, daß die sogenannte „Rechtspflege“ eine scharfe Waffe der herrschenden Klasse ist und sie werden die notwendige Selbstbehauptung suchen, auch wenn die Schreiberlinge in den Reaktionsblättern der SPD-Presse den Klassencharakter der Justiz zu verbergen versuchen.

Stärkste antifaschistische Massenaktion ist das Gebot der Stunde!

Klassenurteile in Freiberg

6 Arbeiter zu insgesamt 24 Monaten Gefängnis verurteilt

Vor dem Amtsgericht Freiberg (Erweiterter Schöffengericht) wurden am 26. Mai 6 Proleten wegen Verstoßens gegen § 24 des Reichsstaatsvertrags verurteilt. Am Richterstuhl saßen Staatsanwalt Röhliche, als Richter Gebhardt und Kasper, als Schöffen das ehemalige eine Frau, welche bestimmt mit der heutigen Hungerunterstützung nicht hat auskommen müssen und ein Mann, dem man nicht anseh, jemals von Brot und Salz gelebt zu haben. Vor dem Zeugenstuhl lagen ein demokratischer

Gartenbau und mehrere Falschen Steine. Es wird verhandelt gegen Lehmann und Genossen, welche am 13. November 1931 schweren Verstoßensbruch begangen haben sollen. Die RPD von Coswig meldet in diesem Tage in einem Leitartikel von Coswigsdorf einen sogenannten „Deutschen Abend“ ab.

Konkret, das übliche Spielchen vaterländischer Lieber, „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“, nachdem der übliche deutsche Ton. Schon bei der Anfahrt der Nationalsozialisten des Elements mit der Straßenbahn wurde laut, daß die SA einen starken Ton vorbereiten, bestimmt nicht im Sinne des Reichs, sondern in der Anweisung politisch Andersdenkender. Wie im Verlauf der Verhandlung durch Zeugenangaben bewiesen wurde, Anschlag wurde im Laufe der Verhandlung, daß die SA-Kugel für vorgenommen hätten, die sogenannten Tanten der Arbeiterpartei zu töten.

Parteilose Arbeiter und Kommunisten, welche von der Aktion der Nazis erfahren, machten sich bereit, diesen Anschlag zu verhindern, indem sie zum Schutze ihrer persönlichen Sachen an Sportplatz sich versammelten. Die Nazis hatten am selben Tag eine Demonstration geplant, welche aber verboten wurde. In dem rüden von National Gruppen von SA-Leuten in jeder Kriegsbekämpfung in Stärke von 20 bis 30 Personen zu dieser, historischen Anwesen aus und belästigten Andersdenkende, es gab es in der 12. Stunde zu einer Brücke kam, wobei 6 von dieser Garde erlitten, was ihnen scham. Selbsterständlich wurde ein Schusspolizei von Dresden hinzugeschickt. Vor Eintreffen dieser Mann erlief man den Großmannhügel. SA-Leute, wenn es Mann aus dem Lokal herauskamen mit den Worten: „Straße frei, wir sind Polizei“, harmlose Passanten leitwaben und den mittlerweile eingetroffenen Schusspolizisten übergeben. Nachdem sich dann verschiedene Arbeiter wahllos teilgenommen worden. Die Verhafteten wurden nach § 75 des Reichsstaatsvertrags, vom 28. 3. 1931 unter Auflage gestellt. Die Verhaftungswahne der RPD, welche bis zu dreimal bestimmte Personen erkannt haben wollen. Neben in der Verhandlung unter Eid, ebenso die Polizeibeamten, welche teilweise die Verhaftungen vorgenommen hatten. Sie konnten nicht beweisen, daß die Anschläge an der Schlägerei teilgenommen hätten.

Das Amtsgericht von Freiberg und die Staatsanwaltschaft konzentrierten aus den einzelnen Zeugen die gefundene wurden, schweren Verstoßensbruch und verurteilten die Arbeiter vorerst zu 6 Monaten Gefängnis, Ehrlich zu 7 Monaten, Landeile und Hille zu je 3 Monaten, Burch zu 1 Monat, ein minderjähriger Verstoß zu 3 Wochen. Die Verurteilten hob bis auf einen unerbittert. Das Verfahren gegen den Reichsbannermann Wölke wurde abgebrochen.

Was war bei der Straßenbahn in Coswig?

Signalvorrichtung wieder außer Betrieb

Von einem Coswiger Arbeiter wird uns geschrieben:
 Die breite Seitenstraße wird sich nach des schweren Straßenbahnunglücks erinnern, bei dem es zahlreiche Verletzte gab und das auf Nichtfunktionierung der Signalvorrichtung zurückzuführen war. Nun hört man erneut, daß wiederum an derselben Stelle ein Zusammenstoß zweier Straßenwagen stattgefunden hat. Eine kleine entsprechende Notiz befindet sich in unserer Zeitung. Die Sache soll nach sehr allmählich abgelaufen sein. „Unbedacht“, war jedenfalls, daß an dem fraglichen Tage viele Stunden die Signalvorrichtung nicht funktionierte. Man hatte an einigen Stellen runde Scheiben mit der Aufschrift: „Signalvorrichtung außer Betrieb!“ angebracht.

artige Maßnahmen das Vertrauen des fahrenden Publikums zur Sicherheit des Betriebes erhöht wird?
 Es ist doch wohl so, daß durch solche Vorkommnisse das Vertrauen zur Straßenbahn immer mehr schwänkt. Die Fahrgäste haben den Eindruck, daß ihr Leben und ihre Gesundheit nicht geschützt werden. Deshalb trifft natürlich auch zu auf das Signalpersonal, das besonders gefährdet ist und außerdem mit hohen Strapazen und Entlohnung zu rechnen hat.
 Hier muß auf schnellstem Wege gründlich Wandel geschaffen werden! Wir fordern eine Untersuchung und reifliche Überlegung!

Man muß dazu doch einige Fragen stellen:

1. Warum werden Reparaturen an der Signalvorrichtung nicht sofort vorgenommen? Haben die Nationalisierungsmaßnahmen zu derart weitgehenden Entlassungen geführt, daß sich dringende Arbeiten von den noch vorhandenen Arbeitskräften nicht sofort durchgeführt werden können?
- Jedem ist bekannt, daß die fragliche Straße mit schnellfahrenden Wagen befahren wird und daß durch Nichtfunktionieren der Signalanlage die Gefahr von Zusammenstößen ohne weiteres gegeben ist. Die Gefahr ist um so größer, wenn bei Regen oder Nebel die Schilder schwer sichtbar sind.
2. Ist die Straßenbahndirektion der Meinung, daß durch derartige Maßnahmen das Vertrauen des fahrenden Publikums zur Sicherheit des Betriebes erhöht wird?

Für die Antifaschistische Aktion!

- Mittwoch, den 15. Juni:
 Dresden, Gasthof Kaitz, 20 Uhr, Referent: Wessel
 Gittersee, Gasthof, Erwerbslosenversammlung, 11 Uhr
 Referent: Mehlhorn, Müll.
- Donnerstag, den 16. Juni:
 Loschwitz, Gasthof Eule, 20 Uhr, Referent: Wessel
- Freitag, den 17. Juni:
 Großbrodorsdorf, Mittelgasthof, 20 Uhr, Referent: Wessel

Generalappell in Freital!

Dienstag, den 14. Juni, 1930 Uhr, im Goldenen Löwen, großer Saal. Stellungnahme zur Betriebsarbeit und zu den Reichstags- und Kommunalwahlen.
 Alle Parteigenossen und die Mitglieder der Massenorganisationen müssen daran teilnehmen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Oeffentliche Versammlung der städtischen Mieter in Freital!

Donnerstag, den 16. Juni, 20 Uhr, in der Alten Paul-Deuben. Ein Genosse der Freitaler und der Dresdener Stadtvormerksrat sprechen über:
 „Was droht den städtischen Mietern in Freital?“
 Kein städtischer Mieter darf fehlen!

Gemeindevertreter-Konferenz für die Amtshauptmannschaft Zittau

am Sonntag, dem 19. Juni, 9 Uhr, in Zittau, Bergschloßchen Kammersberg. Es wird Stellung genommen zu den Aufgaben der Genossen Gemeindevertreter zu den Steuerzuschlägen in den Gemeinden, Pflanzzeit und den Aufgaben zur Reichstags- und den Kommunalwahlen.

Elternabend in der Städtischen Freital

Mittwoch, den 15. Juni, 19.30 Uhr, Mals, Insel 1000 Wunder, Unkostenbeitrag 20 und 20 Pfennig.

Kautionsbetrüger festgenommen

Wer ist geschädigt?
 Wegen Kautionsbetruges wurde in der letzten Zeit wiederholt der Kaufmann Alfred Wühle aus Dresden angeklagt. Er hatte in Dresden, Trabantenstraße, eine kleine Selbstbedienung eröffnet, wurde aber in heftigen und auswärtigen Tageswechsellagerung für ein größeres Unternehmen. Personen, die sich meldeten, nahm er Kautionen bis zu 300 Mark ab. Nach den bisherigen Feststellungen dürfte das Geld als verloren anzunehmen sein. Wühle wurde am 10. Juni von der Kriminalpolizei auf dem Hauptbahnhof festgenommen.
 Es dürften eine größere Anzahl Personen geschädigt worden sein, die noch keine Angaben erklährt haben.

Andere Festnahmen

Rittsch berichtete die Kriminalpolizei über einen Einbruch in ein Warenlager. Der Täter wurde jetzt von der Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen. Das Diebstahl konnte zum größten Teil wieder herbeigeführt werden.
 Ferner gelang es, zwei Fahrraddiebe festzunehmen. Sechs gefohlene Fahrräder wurden sichergestellt und an die Geschädigten ausgehändigt.

„Du schöne Blume von — Gibsdorf“

In dem ostpreussischen Reiseorgan „Freuigliche Zeitung“ wurde den Nazis folgendes empfohlen:
 „Wenn wir von der Sprache ausgehen, daß der Altar in den Kirchen beider Konfessionen den Haupt- und Mittelpunkt ausmachen, so können auch Andersdenkende nichts dagegen sagen, wenn wir in unserem Heim ein Bildchen, das der Ehrung Gottes dient, als Altar bezeichnen. Hütler ist das A und O unserer Weltanschauung, ist der unerschütterliche Mittelpunkt unseres politischen Denkens und Tuns. Jedes nationalsozialistische Haus muß eine Stätte haben, wo der Führer uns greifbar nahe ist und unsere Gedanken ihm merkwürdig umstellen können. Hier müssen wir täglich seine Ehrungen in Form von Blumen und Ranken darbieten. Aber nur über bestehende Mittel verfügt, wird ein Bild des Führers auf einem kleinen Tisch aufbauen und diesen schmücken. Wer eine vollere Farbe hat, wird eine Platte mit Hütler bekleben oder ein großes Bild, eine Kohleskizze oder ein Teilbild Gesandten und Wünsche und Kräfte. Neben mir diese geistige Waffe ausstrahlen und nachgiebig an, denn sie übertrifft an Wirksamkeit alle anderen. Heil Hütler!“

Und ein hinfüher Gärtner erlang auch gleich die Blumen, die zum Schmücken des Altars notwendig sind, wie ein Interim aus dem „Arbeitskampf“ vom 1. Juni 1932 funktrat:

Melne
Dahlien-Neuheit
 „Deutschland erwacht“ blüht in den Farben der verb. SA (einfach-braun mit roten Streifen) & Knollen franco & RM.

H. Hülser, Gärtner, Rippdorf i. Schl. Geb.
 Leider läßt sich die Natur noch nicht so weit verbiegen, daß die Blumen dahlenkreuzförmig wachsen. Aber immerhin: einfach-braun und rot tut es auch.

Uns soll nicht wundern, wenn zoologische Gärten eines schönen Tages auch einmal — etwa auf folgende Weise — in der Reizpresse inserieren:

Sanstiere in den Farben der SA!
 Zoolog. Garten empfiehlt erprobte Mägen in den Farben der verb. SA

einfach-braun mit rotem Fleck (unterm Schwanz)
 Stellen sich bei dem Ruf „Heil Hütler!“ auf den Kopf und zeigen ihre rote Farbe.
 Jedem SA sein eigenes Mägen!

Wie selbste: Nur tüchtige Geschäftleute eröffnen sich ungeahnte Konjunkturmöglichkeiten. Nur in einem Punkt steht die Konjunktur im Gefahr: Wenn den Arbeitern dieser blödsinnigen Germanenreden zu braun wird und sie in antifaschistischer Aktion ein rotes Deutschland mit vielleicht weniger Dächern aber mehr Brot vorbereiten!

„Das Mädel aus Dalmatien“

Uraufführung im Zentraltheater. Diese neue Operette spielt teils in Dalmatien und teils in Berlin. Eine Filmadaption: dreht in Dalmatien einen Film und da wird Juba (Wim: Genes) „entdeckt“. Juba gibt der sonst etwas hohlen Handlung den nötigen Schwung. Die Filmleute bringen mit ihrem ersten Hammer zum Dalmatien — und den Zuschauer zum durchschauen. Die Welt von Charlie Willers ist leicht und beherzt, auch die Bühnenbilder von Oskar Schott und die Tanz- und Chorgruppen von Gertrude Baum-Gründia gefallen. Recht anspendend ist die Inszenierung von Sololo Wolke. Es versteht sich, daß eine neue Schlagermelodie, gesungen von Wim: Genes, von den zahlreich erschienenen Zuschauern besonders begrüßt wird. Diese Operette erhebt sich gegen den Anspruch auf Dauerwirkung.

Das letzte Wort haben die Zuschauer, und die danken den Darstellern durch lebhaften Beifall.

„Grod“

Der Tonfilm aus dem Leben des berühmten Kritikers läuft im Prinz-Johann-Theater. Dieser Film, den Hans Hans Bello für um Hans Mitternichts Der große, musikalische Clown „Grod“ steht als Hauptrolle. Der große, musikalische Clown „Grod“ steht als Hauptrolle. Der große, musikalische Clown „Grod“ steht als Hauptrolle. Der große, musikalische Clown „Grod“ steht als Hauptrolle.

Künstlervereinigung Dresden. Die Sommerausstellung 1932 der Künstlervereinigung Dresden findet wie alljährlich im höchsten Kunstausstellungsgebäude, Vennstraße, in der Zeit vom 8. Juli bis Anfang September statt. Die Anmeldeung hat bis zum 16. Juni, die Einlieferung bis 18. Juni zu erfolgen.

Schafft die Antifaschistische Aktion in allen Betrieben!

Der Kampf der Arbeiterklasse zum Kampf gegen die faschistische Diktatur wird immer härter. In den unmittelbaren Stätten der Ausbeutung, in den Fabriken und Betrieben, verpflückt die Arbeiterklasse am frühesten den Kurzschnel innerhalb der deutschen Bourgeoisie. Neben neuen Lohnraub erhöhte Antireizel über kurz oder lang neue Massenentlassungen. Das sind die Auslöser und im Produktionsprozess liegenden. Mit Hilfe des Unternehmertums wird in allen Betrieben versucht, die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) hochzupöppeln.

Nun bekannt sind den Arbeitern die Zusammenhänge dieser Betriebszellenorganisation, die dazu verwendet werden soll, neben der Organisation der Arbeiter den nationalsozialistischen Terror gegen

Wählt Delegierte

in jeder öffentlichen und Betriebsversammlung zu der am 17. Juli in Dresden stattfindenden

BetriebsarbeiterInnen-Konferenz
KPD, UBL Dresden, Abteilung Frauen.

jeden Widerstandsenden auszuüben und so die Betriebe im Interesse der Kapitalistenklasse von marxistischen Elementen zu befreien.

Die Arbeiterklasse liegt es, diesem verhängnisvollen Kurs der NSBO-Bildung besonders im Betriebe durch Kampfmaßnahmen entgegenzutreten.

Was will die Antifaschistische Aktion?

Sie will die gesamte Arbeiterklasse zum Kampf gegen den Faschismus in breiter roter Einheitsfront zusammenschließen. Ohne Ansehen der Organisationszugehörigkeit soll die Antifaschistische Aktion alle Arbeiter und Arbeiterinnen umfassen, die sich dem entschiedenen Willen beugen, alle den Kampf gegen das Regime der Junker, Generale und Industriellen aufzunehmen. Durch außerparlamentarischen Massenkampf soll die Antifaschistische Aktion die Arbeiterklasse und ihre Organisationen zunächst gemacht werden.

Schon einmal hat es die deutsche Arbeiterklasse fertig gebracht, eine reaktionäre Regierung zum Teufel zu jagen. Der Kampftritt liegt noch in der Arbeiterklasse. Aber sie ist durch die Verfallspolitik der SPD und Gewerkschaftsführer in sich selbst eingeschlossen worden. Von der Wirtschaftsdemokratie zum „Heinrich Hebel“ und zur Wahl Hindenburgs führt sie weiter. Tausende sozialdemokratischer und freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter erkennen, welche gemessene Spiel sie ihnen getrieben wurde und wenden sich ab von diesen Führern.

Die Ziele der Antifaschistischen Aktion: härtester Kampf gegen die Maßnahmen der Bourgeoisie, verstärkte Mobilisierung aller Werktätigen gegen den imperialistischen Krieg und Kampf für den revolutionären Ausweg aus der Krise können nur erreicht werden, wenn alle Arbeiter, und besonders die Massen der SPD und Gewerkschaftsmitglieder, in der Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion gemeinsam mit den Kommunisten kämpfen.

Nur gemeinsam können erfolgreiche Streiks geführt werden, um dem Nationalismus den Weg zur Macht zu verlegen. Eine Reihe von Beispielen beweist, daß überall dort, wo die Arbeiterklasse geschlossen steht, der Faschismus entscheidend geschlagen wird. Der Sieg der NSBO-Crisisauflösung zeigt, daß die Gewerkschafts- und SPD-Mitglieder kämpfen wollen.

In jedem Betrieb einen Einheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion, in jeder Abteilung Vertrauensleute. Schafft roten Kampfbildung in allen Fabriken und Betrieben!

Dilchfarbeiterstreik in Marienwerder

Am 7. Juni sind in Marienwerder 100 Wohlhabensarbeiter gegen das Verhalten des Magistrats, für 24 Stunden Streik ausgerufen. In dem Streik getreten. Die Streikenden sind sofort zum Streikmittelpunkt. Die Polizei verbotene am 10. Juni ohne jeden Anlaß 4 Mitglieder der Streikleitung, die sich nicht freiwillig ergeben wollten. Der Kampf geht weiter.

Achtung, Holzarbeiter!

Freitag, den 17. Juni, 19 Uhr, Sitzung aller oppositionellen Holzarbeiter im Barn, Rosenstraße 100. Alle müssen erscheinen! Gewerkschaftskommission

Unter der Kritik der Belegschaft

Rote Betriebsräte lassen sich von Reformisten übertölpeln

Eisenbahnverbands-Bürokratie und Dienststellenvorstand Werner von der Bm Freital-Potschappel Arm in Arm gegen rote Betriebsräte. Ein warnendes Beispiel für alle Betriebsräte

(Arbeiterkorrespondenz 664)
Mit allen Mitteln versucht man in der Bahnmittelerei Freital-Potschappel die roten Betriebsräte ummäßig zu machen. Da es nicht dem Ortsabteilungsleiter des GdE bisher nicht gelang, die roten Betriebsräte aus dem Sattel zu heben, versucht man es mit anderen demagogischen Mitteln. Im Verein mit dem Dienststellenvorstand Werner, der dem GdE und der NSBO nahesteht, soll die Belegschaft gegen die roten Betriebsräte ausgepielt werden. Werner geht von einer Kolonne zur Kolonne und versucht Stimmung zu machen.

Mit Kollegen sind der Ansicht, daß die Werner gegebenen Aufstellungen weniger von der Reichsbahndirektion, als vielmehr von der Dresdner Ortsverwaltung des Einheitsverbandes kommen.

So hat man vorgeschlagen die roten Betriebsräte zu überzeugen, daß sie dienstfänger seien als andere, zur Vereinerung in das Betriebsverhältnis bestimmte Kollegen und deshalb einen Rechtsunterschied müßten, nach dem sie sich mit einer Zurückweisung einverstanden erklärten.

Die roten Betriebsräte ließen sich übertölpeln und unter-

Rote Straßenbahnbetriebsräte werden gemäßregelt

Christen und Reformisten mit der Straßenbahn-Direktion gegen den Kollegen Brettschneider Arbeitsgericht Dresden auf dem Unternehmerstandpunkt

Die Nationalisierung der Dresdner Straßenbahn-AG liegt heute keinem Privatbetrieb nach. Wenn heute Arbeiter krank werden, fliegen sie einfach auf das Straßenpflaster. So ging es auch dem roten Betriebsrat Brettschneider. Brettschneider ist seit dem Jahre 1924 als Straßenbahnführer bei der Dresdner Straßenbahn-AG beschäftigt. Auf Grund der Nationalisierung, des starken Straßenverkehrs sowie verlorster Fahr- und Wendezeiten können Führer und Schaffner kaum ihr Brot essen und tragen es oft wieder nach Hause, weil keine Zeit zum Essen ist. Koll. Brettschneider ist auf Grund dieser Maßnahmen seit dem 5. 12. 1931 krank. Darauf schickte ihn die Direktion zum Stadtbezirksrat, der Unzulänglichkeit im Fahrdienst feststellte. Die sofortige Kündigung des Kollegen Brettschneider war die Antwort der Direktion. Nun verlangte die Direktion die Zustimmung des Arbeiters- und Betriebsrates, welche einstimmig abgelehnt wurde, worauf die Direktion vor das Arbeitsgericht ging.

Was hand nun in der Begründung der Direktion vor dem Arbeitsgericht? 1. Krankheit; 2. Brettschneider hat den Arbeitsfrieden zwischen Direktion und seinen Arbeitskollegen nicht gefördert. 3. Brettschneider hat nicht im Interesse der Direktion gearbeitet. Dieses Begründungsschreiben hand nun im Arbeiters- und Betriebsrat nochmals auf der Tagesordnung, und siehe da, was sagten der heimliche Betriebsratsvorsitzende Kiebel und der sozialdemokratische Arbeiterratsvorsitzende Weber? Sie mühten eine Vertretung vor dem Arbeitsgericht abzulehnen, weil sie früher gerichtliche Differenzen mit Brettschneider gehabt hätten (Beleidigungssache vor dem Schöffengericht).

Die roten Betriebsräte verlangten in dieser Sitzung, daß die beiden Vorstehenden Kiebel und Weber verpflichtet werden, den Kollegen Brettschneider vor dem Arbeitsgericht zu vertreten. Das wurde gegen die Stimmen der roten Betriebsräte abgelehnt. Daraus erließ man das Zusammenrufen sämtlicher reformistischer Betriebsräte und der Straßenbahndirektion. Auf Grund dieser arbeitseigenen Einstellung von Kiebel und Weber wurde in dieser Sitzung beschlossen, daß den Kollegen Brettschneider zwei rote Betriebsräte vertreten, was auch geschah.

In der am 6. Juni 1932 stattgefundenen Arbeitsgerichtsverhandlung erklärte die Direktion, vertreten durch Dr. Biele, daß sie Brettschneider in einer anderen Abteilung — Straßen- oder Hofarbeiter — nicht beschäftigen könne. Man könne, weil Brettschneider Betriebsrat sei, der Direktion nicht zumuten, franke Arbeiter überhaupt in anderen Abteilungen zu beschäftigen, trotzdem, daß das Arbeitsgericht von den roten Betriebsräten verlangte, einen anderen Arbeitsplatz nachzuweisen, was auch geschah. Im Hinblick darauf, daß ein Streikendiger wurde und wegen Schwerehörigkeit durch die Direktion gefündigt wurde, ebenfalls wegen seines Leidens vom Fahrdienst als Streikendiger verweist worden war, stellten sich die roten Betriebsräte auf dem Standpunkt, daß man Brettschneider, wenn er schon für den Fahrdienst nicht fähig ist, als Streikendiger beschäftigen müsse. Das Arbeitsgericht unter Vorsitz von Dr. Reinhold stellte sich auf dem Standpunkt der Direktion und erklärte, man könne aus wirtschaftlichen Gründen der Direktion nicht zumuten, franke Arbeiter in anderen Abteilungen zu beschäftigen. Weiter begründete die Direktion, daß Brettschneider den Arbeitsfrieden zwischen Direktion und Arbeitskollegen nicht gefördert habe, deshalb die Ablehnung als Betriebsrat verlangte. Nachdem die roten Betriebsräte dem Nachweis erbracht, daß nicht Br., sondern die Direktion den Frieden zwischen sich und den Arbeitskollegen gelüht hat und die Belegschaft durch den Lohnabbau und die Arbeitszeiterhöhung in Unruhe versetzt hatte und die roten Betriebsräte die Pflicht hatten, darüber Aufklärung zu geben, lenkte das Arbeitsgericht den Kollegen Br. als Betriebsrat ab. Also man hebt aus diesem Urteil eine klare politische Mahnung, um revolutionäre Arbeiter aus den Betrieben hinauszumerren.

Kollegen Straßenbahner, so wie Kollege Br. auf Straßenpflaster liegt, kann es auch euch jeden Tag passieren! Darum rufen wir euch immer wieder zu: tretet ein in die NSBO und in die Kommunistische Partei! Kämpft mit uns, für ein freies sozialistisches Deutschland! (BR 679)

EdE-Betriebsräte als Direktionsbüttel

9 Eisenbahner gekündigt, weil sie vertragliche Rechte für sich in Anspruch nahmen. SPD-Betriebsrat Sommer, Großenhain, weigert sich die Einsprüche anzuerkennen

(Arbeiterkorrespondenz 662)

Die mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und ihrer Betriebsräte eingeführten Methoden bei der Reichsbahn nehmen immer tollere Formen an. Wir berichteten kürzlich über die Zustände, die in der Bahnmittelerei Großenhain und besonders auf dem Bau in Föden-Waltdorf herrschen, wo der von der Bahnmittelerei Föden-Waltdorf entsandene Bautrupps arbeitet.

Kollege Tepp, als Betriebsratsvorsitzender, wurde vor einigen Tagen gemäßregelt. Nach ist er nicht endgültig entlassen, da leistet sich der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Sommer von der Bm Großenhain ein neues Gesandnis, das augenblicklich beweist, welche Auffassung über die Pflichten eines Betriebsrates für ihn gilt.

Am Montag, dem 5. Juni, hatte es den ganzen Tag geregnet und alle Kollegen waren durchnäßt bis auf die Haut. Bereits nach 20 Minuten Mittagspause forderte der Kottenführer Dornier zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Eine Reihe von Kollegen lehnte die Wiederaufnahme der Arbeit ab mit der Begründung, daß sie vollkommen durchnäßt seien und die Reichsbahndirektion die vor einigen Wochen abgeordnete Saubade noch nicht hat wieder herrichten lassen. Bis heute ist weder eine Antwort eingegangen, noch die den Kollegen wünschende Entschädigung für verbrannte Arbeitslöhne auf ein an die Direktion gerichtetes Gesuch eingegangen.

Die Kollegen erklärten weiter, daß ihnen auf Grund des Tarifvertrages das Tragen der Sachen juteich und daß sie von diesem Recht Gebrauch machen wollten. Sei nicht einmal 20 Mark Verdienst pro Woche seien sie nicht im Stande, sich noch neue Arbeitslöhne zu kaufen.

Trotzdem forderte der Kottenführer die Arbeiter auf, an die Arbeit zu gehen und drohte den Kollegen, die sich weigerten, die Zeit nicht zu bezahlen. Bis auf neun Kollegen nahmen alle die Arbeit auf.

Am andern Tag erschien der Bauarbeiter, Bauarbeiter Schle-

gel, und sprach den neun Kollegen im Beisein des reformistischen örtlichen Betriebsrates die Kündigung wegen Arbeitsunvermögen aus.

Alle neun Kollegen, darunter mehrere im Einheitsverband Organisierte, erhoben sofort mündlich oder schriftlich Einspruch gegen ihre Kündigung. Jetzt zeigte sich dieser Betriebsrat im rechten Licht: Er weigerte sich, die Einsprüche seiner Kollegen, selbst der im Einheitsverband organisierten, anzuerkennen und

Die Arbeiterfrau geht es an!

Die Ruhlanddelegierte Textilarbeiterin Lehmann, Leipzig spricht

Mittwoch, den 15. Juni im Gathhof Niederbühl
Donnerstag, den 16. Juni im Körnergarten, Dresden-N.
Freitag, den 17. Juni in der Krone, Bismarck
Montag, 21. Juni, 20 Uhr, „Deutsches Haus“, Rabenberg über:

Die Frau in der Sowjetunion und im kapitalistischen Deutschland.

Arbeiterinnen, Hausfrauen, SPD-Genossinnen, erscheint jährlich in den Versammlungen. Beginn 20 Uhr
Sind der Freunde der Sowjetunion

langte, er wolle nichts damit zu tun haben. Sommer, der von der Verwaltung als Kuppel über die Kollegen eingeleitet wurde, hat von dem Verlust an Arbeitslöhnen, den die Kollegen beim Stande der Saubade erlitten, nichts an den Betriebsrat berichtet. Wenigstens erklärte der sozialdemokratische Vorsitzende des Betriebsrates, Biele, auf telefonischen Anruf eines Kollegen, daß ihm nichts davon bekannt sei.

Kollegen Eisenbahner, so lehnen eure reformistischen Betriebsräte aus! Sie weigern sich, Kollegen, die auf ihre im Tarifvertrag festgelegten Rechte pochen, zu vertreten. Nicht Schluß mit solchen Verwaltungsbütteln, erzwingt in Belegschaftsversammlungen ihre Ablehnung und wählt euch Kollegen als Betriebsräte, die wirklich eure Interessen vertreten!

Bielefelder Holzindustrielle verlangen 19 Prozent Lohnabbau

Die Holzfabrik Bielefeld hat ihre 300 Mann harte Belegschaft ausgepielt, weil die Belegschaft nicht gemüht war, einen 19prozentigen Lohnabbau hinzunehmen und deshalb dagegen in die politische Resistenz trat. Der Unternehmer erklärte den Arbeitern höhnlich, daß dieser Abbau auch noch nicht der letzte sein werde. Der geschlossene Kampf der Arbeiter wird die Unternehmerangriffe jedoch zurückslagen.

Siegreicher Landarbeiterstreik

Einen erfolgreichen Kampf gegen unerhöhte Lohn- und Arbeitszeiterhöhungen haben die Landarbeiter des Gutes Wallenberg bei Godes in Ostpreußen durchgeführt. Als nach Kürzung des Arbeitslohns von den Arbeitern auch noch eine 14tägige Arbeitszeit verlangt wurde, legten die Gutsarbeiter die Arbeit geschlossen nieder und stellten dem Gutbesitzer einige für sie lebenswichtige Forderungen.

Durch ihren entschlossenen Kampf, der von der NSBO geführt wurde, erreichten die Gutsarbeiter die Bewilligung ihrer Forderungen. 16 Jungarbeiterinnen haben sich an diesem Kampf vorbildlich beteiligt, während 2 Nazis Streikbrecherarbeiten leisteten.

Auf dem Gut Begelen, Kreis Stallupönen, sind die Forderungen wegen rückständigen Lohnes in den Streit getreten. Die Gutsherrn und Reputanten des Gutes Truffen, Kreis Stallupönen, haben sich mit ihnen solidarisiert und ebenfalls die Arbeit niedergelegt.

RUND UM DEN ERDBALL

Das Eisenbahnunglück bei Unna

1 Todesopfer, 16 Schwer- und 30 Leichtverletzte — Wer trägt die Schuld?

Unna, 12. Juni. Nach einer von bahnamtlicher Seite herausgegebenen Liste sind bei dem schweren Eisenbahnunglück, das sich am Sonnabend abend zwischen Unna und Bönen ereignete, 11 Personen verletzt worden, davon 16 schwerer, 30 Verletzte wurden dem Krankenhaus in Hamm, 14 Verletzte und die verletzte Frau Krankenanstalten in Unna zugeführt. Bei den Verunfallten handelt es sich größtenteils um Reisende aus Westfalen.



Das Unglück ereignete sich in der sogenannten Bodenlenkung Seelen-Werne. Es sprang zunächst der hintere Zugteil aus den Schienen und rutschte die steile Böschung hinunter. Kurz darauf folgten die anderen Wagen unter großem Getöse. Westwärtswärts blieb nur die Lokomotive auf den Schienen. Die verhältnismäßig leeren Wagen sind zum Teil über und über mit Schlingpflanzen bedeckt, die bei dem Sturz aus der Erde gerissen wurden. Auf die Verletzte der in den Wagen eingeschlossenen Reisenden eilten sofort Bewacher der umliegenden Häuser herbei. Die Rettung der Verwundeten gestaltete sich infolgedessen sehr schwierig, als sie über Pflanzungen hinweg die hohe Böschung hinaufbefördert werden mußten, weil nach der anderen Seite die Unfallstätte durch das Wasser abgeperrt war. Während der Rettungsarbeiten spielten sich erschütternde Szenen ab. So ließ eine Frau in höchster Erregung auf dem Bahndamm umher und schrie verzweifelt nach ihrem Kinde. Ein Eisenbahnkassierer konnte nur mit Mühe gerettet werden. Auch die Befreiung eines Beamten, der im Gepäckwagen eingeklemmt war, gestaltete sich sehr schwierig. Der Mann, der bei dem Unfall ums Leben gekommenen Frau Helffotter hat einen Arm verloren, während das Kind des Ehepaares schwere

Kopfverletzungen davontrug. Nach einer privaten Mitteilung soll es bereits gelungen sein, mehrere Verletzte haben schwere Schadelverletzungen davongetragen, andere innere Verletzungen oder Schnittwunden.

In letzter Zeit häuften sich die Unfälle, sowohl unter den Reisenden, als auch unter den Eisenbahnarbeitern und Beamten. Solche Ereignisse in häufiger Aufeinanderfolge sind kein Zufall. Wer trägt die Schuld? Wir haben schon bei früheren Anlässen darauf hingewiesen und betonen es heute von neuem: Die Hauptursache dieser häufigen Entgleisungen sind die schlechten Entlastungen von Arbeitern und Beamten durch die Eisenbahnverwaltung. Schuldlos wird abgebaut, und dieser Abbau steigert die Unfallsicherheit auf den Eisenbahnen. führt schließlich dazu, daß ein Eisenbahnunglück sich an das andere reiht. Es muß Schluss gemacht werden mit diesen schändlichen Abbau. In es ist notwendig, daß durch Wiedereinstellungen die Eisenbahner entlastet werden und ihre Aufgabe erfüllen können.

Explosion in chemischer Fabrik

Zwei Todesopfer

Tredden, 13. Juni. Am Sonnabendabend ereignete sich im Versuchslaboratorium der chemischen Fabrik von Tredden in Tredden-Nadbeul eine Explosion, bei der zwei Arbeiter schwere Verletzungen erlitten. Während einer bereits auf dem Weg zum Krankenhaus warb, erlag der andere nach wenigen Stunden ebenfalls seinen schweren Verletzungen.

Beim Brunnenbau verdrückt

Paris, 13. Juni. In Bourg ist eine ganze Kompagnie Promiere damit beschäftigt, einen in 25 Meter Tiefe eingeschlossenen Brunnenbau zu retten, der am Donnerstag durch einen Erdsturz verdrückt wurde. Nachdem es am Freitag gelungen war, ihn von oben herab ein Luftschiff zu steuern, wurden am Sonnabend neue Erdarbeiten gemacht, die bis dahin unterirdische Luftwerk wieder verdrückten. Der unglückliche Promiere, der nunmehr bereits über 96 Stunden lebendig begraben ist, wird am Sonntag von den Arbeitern befreit. Die Promiere arbeiten nunmehr lebhaft an der Aushebung eines Schachtes, um die Erde zu dem Einschließen zu gelangen. Man hat die Hoffnung nicht aufgegeben, den Unglücklichen zu retten.

Vier Reichswehrsoldaten getötet

Schlesien, 13. Juni. Am Sonntag früh ereignete sich ein schweres Krattwagenunglück, bei dem vier Reichswehrsoldaten getötet wurden. Ein Reichswehrkrattwagen mit vier Soldaten, der von einer Leihung aus Salsburg kam und auf der Rückfahrt nach Potsdam war, fuhr in der heißen Kurve in der Salsburger Straße aus bisher noch unaufgeklärter Ursache gegen einen Baum und wurde in den Straßengraben geschleudert. Der Fahrer des Wagens war sofort tot. Drei Soldaten haben bald nach der Entdeckung in das Krankenhaus, wo noch ein Schwerverletzter und drei Leichtverletzte liegen. Von der Staatsanwaltschaft wird sofort eine Untersuchung eingeleitet. Der Krattwagen ist vollständig zerstört.

Eine Straße wird gestohlen

Warschau, 13. Juni. Auf einer Chaussee in der Umgebung Warschaws ist in der vergangenen Nacht ein Teil der Straßenpflaster gestohlen worden. Die Diebe haben das Pflaster in Handlathen zum Holzhandel — von dem Unterbau losgerissen und auf einen Wagen geladen. Sie konnten unerkannt entkommen. Dies ist nicht der erste Fall, daß in Warschau solche Verbrechen begangen wurden. Es gab schon Fälle, wo ganze Straßen, ja — Schienenstränge einer Vorortbahn (partielle) verschwinden sind.

Mit dem Wasserrad in 13 Stunden über den Kanal

London, 12. Juni. Der Maschinenbauingenieur John Lupton hat mit einem Wasserrad über den Kanal geblasen. Er war am Sonnabend vormittag in Calais gestartet und nach 13stündiger Fahrt um 20 Uhr völlig erschöpft in Dover

Eisbehälter in Mecklenburg

Deichbruch bei Dömitz

Dömitz, 13. Juni. In der Nacht zum Sonnabend hat das Hochwasser der Elbe bei der Gorker Schleuse zu einem Deichbruch geführt. Mit ungeheurer Gewalt drang gegen 1 Uhr morgens das Wasser in die Weidenniederung ein. Die gesamten Bewohner der benachbarten Ortschaften wurden zu Rettungsmassnahmen aufgeboten. Es gelang, das Vieh von den überfluteten Weiden in Sicherheit zu bringen. In den Mittagsstunden des Sonnabends konnte die Bruchstelle des Deiches gestopft werden. Die Dömitzer Sommerdeiche konnten bisher noch gehalten werden, Tag und Nacht sind die Bewohner mit der Erhöhung der Deiche beschäftigt.

Auch aus der Rostocker Elbegegend werden Hochwasser-Schaden gemeldet. Die Heberleitung der Niederungen ist eingestürzt. Das benachbarte, an der Süde gelegene Dorf Gethmann ist auf diesem Weg nicht mehr zu erreichen. Die Weidenniederung zwischen der Berlin-Hamburger Chaussee und dem Dorf gleich einem See. Glücklicherweise hat das Vieh dank der anhaltenden strengen Witterung des letzten Tage aus dem gefährdeten Gebiet geborgen werden können. Auch die Feldmark Dorst ist durch das Hochwasser hart mitgenommen.

Ein Automobilmuseum in Moskau

In Moskau wird demnächst im Zentralpark für Kultur und Erholung ein besonderes Automobilmuseum errichtet werden. Das Museum soll die Entwicklung des Automobiltransports und des Automobilverkehrs im alten und neuen Rußland veranschaulichen.

Der Dzeanflieger Hausner lebend geborgen



London, 13. Juni. Der englische Weltumflieger „Circus“-Gesellschaft hat den seit einer Woche vermissten Dzeanflieger Hausner 600 Seemeilen nördlich von Spitzbergen lebend geborgen.

Hausner war am Freitag, dem 3. Juni, vom amerikanischen Flugplatz Alondbennet zum Fluge nach Warshaw gestartet. Seit vier Zeit fehlt jede Nachricht von ihm.

Schweres Verkehrsunfall in Bielefeld

Bielefeld, 13. Juni. Der Motorradfahrer Oswald Wenzel aus Halle bei Halle, der mit seiner Frau Elli Oberpöpping aus Eintracht in Bielefeld Bielefeld besuchen wollte, fiel an einer Straßenkreuzung unmittelbar vor dem Ziel der Fahrt mit einem motorisierten Auto zusammen. Das lange Motorrad wurde auf der Stelle getötet, während der Frau, die mit seiner Mahle eine längere Strecke von dem Auto mitgeführt wurde, so erhebliche Verletzungen erlitt, daß er auf dem Transport zum Krankenhaus starb.

Warum geht es in Moskau vorwärts?

Moskaus Proletariat baut eine Müsteestadt

Untergrund und Hafen

Tag und Nacht, Schicht auf Schicht treiben Tausende und aber Tausende Arbeiter wie Ameisen in den Straßen umher, graben sich in die Erde ein, werfen riesige Sand- und Steinwälle auf, strecken auf riesigen Gerüsten an den Häusern entlang. Hierall wird gearbeitet. Moskau gleicht einer einzigen großen Baustelle. Hier wird eine ganze Straße aufgerissen und an Stelle des halbrunden Platzes glanz nach einigen Tagen bereits eine glatte Asphaltfläche. Im Zentrum, nahe dem Theaterplatz, bohren Kolonnen 20 Meter unter der Erdoberfläche den ersten Stollen des ersten Moskauer Untergrundbahnlinie, die noch in diesem Jahr in Betrieb genommen wird. Dort wieder wird eine ganze Häuserfront aufgestockt, ausgebessert. Gar nicht zu reden von den neuen Häusern, die an der Peripherie Moskaus aus dem Boden wachsen, von dem Bau des Moskauer Hafens, der der größte Binnenhafen der Welt sein wird, vom Kanal Moskau-Wolga, von den neuen Eisenbetrieben wie das Radfahrwerk, das in wenigen Tagen seine Produktion aufnimmt. Überall wird Neues geschaffen, überall herrscht größte Heftigkeit.

Wir denken an die Stadt Berlin mit ihrem Abbau, mit ihrer düsteren Art. Wo liegt das Geheimnis des Moskauer Fortschritts?

Versammlung der Arbeit

An der Quelle, im Moskauer Sowjet, werden mit Aufbruch erhalten. Im Säulensaal des Moskauer Gewerkschaftshauses sitzen am 26. Mai dichtgedrängt die gewählten Vertreter der Moskauer Arbeiterchaft. Keine Gewerkschafts- und Krantensassenbongen, wie sie die Fänge des roten Hauses (nur der Farbe wegen) drücken. Kein Arbeiter und Arbeiterinnen der Moskauer Betriebe, die heute noch an der Werkbank stehen und genau wissen, wo der Schuh drückt. Kein Betrieb fehlt, weder die großen — Autowerk „Stalin“, Elektroslaw, Donamo, Kugellager, noch die kleineren, rote Kaja, Lederfabrik, Zementfabrik. Eine Versammlung der Arbeit!

Eine Million Quadratmeter

Der erste Redner betritt die Tribüne. Keine jammernde Rede eines Oberbürgermeisters über die „schlechten Zeiten“, über die Notwendigkeit zur „Sparsamkeit“. Jwar auch er spricht über Schwierigkeiten. Nur sind sie anderer Natur. Die Schwierigkeiten, von denen er redet, liegen daran, daß es nicht so schnell auf

allen Gebieten normiert geht, als es sein sollte und sein muß. Er spricht über Moskauer Wohnungsfragen. Ein schweres Problem. Denn die Moskauer Arbeiterchaft hat sich kein geringes Programm für das Jahr 1932 vorgenommen: Eine Million Quadratmeter neuer Wohnfläche für 170.000 Menschen zu bauen. Und dazu noch für 17 Millionen Rubel Hausreparaturen für 47 Millionen. Das ist fast zweieinhalbmal soviel als im Vorjahr. Und damals wurden bereits für 21 Millionen Rubel 10.000 Moskauer Häuser von Grund aus renoviert. Aber das Tempo ist noch zu langsam, es muß viel rascher gehen. Denn die Moskauer Arbeiterchaft will in lauberen, geordneten Wohnstätten leben.

Kritik

Die Arbeiterdeputierten sprechen. Sie sprechen laut, sie kritisieren offen. Sie zeigen die wunden Stellen auf. Aber sie machen alle praktische Vorschläge, wie die Arbeit zu verbessern. „Wir“, so erhebt der Arbeiter Rumjanzew aus dem Elektrowerk, „haben die Eisenbahn über zwei Straßen, die Elektrowerk und die Puschkinowstrasse, übernommen. Dreißig Betriebsbrigaden der Arbeiter unseres Betriebs wurden gebildet, die auf die verschiedenen Hausverwaltungen aufgestellt sind. (Die Hausverwaltungen in der Sowjetunion, die sogenannten „Sozial“, bestehen aus den in der Mieterversammlung des entsprechenden Hauses gewählten Vertretern der Mieter!) Diese Brigaden sorgen für die rechtzeitige und sachgemäße Durchführung der Reparaturen, helfen in der Aufstellung der Kostenvorschläge, bei der Beschaffung der Baumaterialien usw.“ Eintrik merkten sich die übrigen Deputierten dieses glänzende Beispiel zur Nachahmung.

Praktische Durchführung

Die Sitzung ist geschlossen. Die Deputierten gehen zurück in die Betriebe, erfüllen Verträge, geben Rechenschaft vor den Arbeitern für ihre Arbeit im Moskauer Sowjet, legen mit ihren Wählern die Maßnahmen zur praktischen Durchführung der Beschlüsse fest, die die proletarische Regierung Moskaus beschloß. Wagt ihr jetzt, warum es in Moskau vorwärts geht und in Deutschland immer mehr abwärts?

Verantwortlich: Kurt Böhme, A. A. Müller